



2. EDENKOBENER ERKLÄRUNG

MEDIEN- UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ERKLÄRUNG

Edenkoben, 16. April 2005 – Mitgliedervorlage – Freigabe 20.06.2005

Verfasser und Verantwortlich: Rolf G. Lehmann

Medienpolitischer Sprecher und Geschäftsführender Vorstand FdM

Fachverband der Medienberater e.V. Hegnacher Str. 30 - 71336 Waiblingen - www.fdm-ev.de

INITIATIVE „MEDIEN- UND INFORMATIONSGESELLSCHAFT, SOLIDARITÄT UND WERTEENTWICKLUNG“

ZUR MENTALEN SITUATION 2005

MONOLOG ZUM DIALOG

Der Unterschied vom ergebnisoffenen Dialog zum gesteuerten Dialog liegt in der Zielsetzung des Initiators. Der Dialog und die Fragen zu politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Prozessen und Entscheidungen haben sich über Jahre verstärkt auf eine Stellvertreterebene, auf Berater, auf sozialwissenschaftliche Institute und auf Marktforschungsdienstleister konzentriert. Damit bestimmt der Initiator sowohl die Fragen wie die gewünschten Ergebnisse und trennt Stimmen von Stimmungen. Die Auswahl und die Entfernung von Dialogpartnern, von gesellschaftlichen Gruppen oder Bürgern an sich und die Methodik und die Kultur machen die daraus entstandenen Dialogergebnisse als Grundlage von Einschätzungen, Meinungsbildern und Entscheidungen fragwürdig und zunehmend ungeeignet. Dem Stellvertreter-Dialog als Informations-, seltenst als Kommunikationsdienstleistung fehlt zudem jede Authentizität, so lange der Interessenidentifikation die Glaubwürdigkeit versagt wird.

Es gibt gute Gründe für institutionelle, wirtschaftliche und politische Mandatsträger, den Dialog mit dem Gegenüber und der Gesellschaft zu verweigern und ihr Wollen zu ignorieren. Die Angst vor Einfluss- und Machtverlust, vor mangelnder Steuerungsfähigkeit und vor Aufdeckung von Fehlern und Inkompetenz mag dabei eine Rolle spielen. Die Konsequenz ist Kontrolle.

Es gibt auch gute Gründe für Bürger, den Dialog mit den Mandatsträgern zu verweigern. Die Fremdbestimmung des Dialogs macht ihnen schnell die Instrumentalisierung für Entscheidungen und Maßnahmen erkenntlich, die sich häufig gegen sie selbst richten. Die Konsequenz ist Verweigerung. Gemeinsam wird beiden Dialogpartnern, den Bürgern und den Mandatsträgern, die Unberechenbarkeit in ihren jeweiligen polarisierten Welten und Wahrnehmungen und die Verweigerung von Verantwortung in einem sozialen gesellschaftlichen Wertekontext. Eine Differenzierung der Mandatsträger nach interessenpolitischen Zuordnungen ist auszuschließen; zu suchen sind solche mit einer der Gesellschaft verpflichteten Kultur und Moral.

Es sind bei weitem nicht mehr die volkswirtschaftliche Problematik und die berechtigten existenziellen Ängste für die Asozialisierung der Gesellschaft verantwortlich zu machen, sondern der Abbau und der Verzicht auf sozialen und kulturellen Konsens, auf Werte und Orientierung, auf Liberalität, Rechtssicherheit und Freiheit. Die Mandatsträger sind dialogresistent geworden.

Damit werden das demokratische Grundverständnis, die Wertesicherung und der Ausgleich sowie die gesellschaftliche Rechtssicherheit gefährdet. Wer sich zum Schutz und zur Wahrung seiner existenziellen Grundlagen gezwungen wähnt, wird in diesen Schutz investieren, wird Mobbing verstärken, wird sich Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Wahlen verweigern, wird sich auflehnen oder wird psychisch krank und depressiv.

GESELLSCHAFTLICHER KONSENS GEFÄHRDET

Diese Bilder sind in Teilen der Gesellschaft konditioniert, während sich ein anderer, wachsender Teil der entfremdenden Kultur verweigert. Dem gesellschaftlichen Prozess der Verweigerung steht der Prozess der gesellschaftlichen Kontrolle und wirtschaftlichen Reglementierung zur angeblichen sozialen Wohlfahrtssicherung und der Sicherung der Demokratie gegenüber. In der Praxis heißt das: Mit Generalverdächtigungen und Kriminalisierungen, informationellen Kontrollen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten nach Offenlegung aller privater, persönlicher Wirtschaftsdaten aber eigenen Interessensicherungen und der Entfernung von gesellschaftlichen, institutionellen und humanistischen Grundwerten wird eine Kultur der Asozialität

implementiert und verstärkt. Die „Kulturverweigerer“ wählen nicht mehr, sie treten aus Parteien, Verbänden und Kirchen aus und manche distanzieren sich auf der Suche nach alten und neuen Werten vom asozialen Konsens der mächtigen aber relativen Minderheiten. Mit jeder polarisierenden Ausweitung erhöht sich jedoch das gesellschaftliche Ungleichgewicht. Deshalb wird die Politik mit Generalverdächtigungen und Kriminalisierungen außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses gefährlich. Insbesondere vor dem Missbrauch von Kontrolle und Steuerung des Staates gegen seine Bürger oder bestimmte Gruppen durch die zweckentfremdete Instrumentalisierung von Medien und digitale Vernetzungen ist zu warnen. Zu den besonders kritischen bekannten Entwicklungen gehören:

1. Die medialen Kontrollen, Überwachungen, Reglementierungen, Entscheidungen, und Vorhaben wie
 - die Video-Überwachung von Straßen, Plätzen und Gebäuden; die sonstigen akustisch-medialen Überwachungen, die Entwicklung biometrischer Erfassungs- und Ausweisdaten und DNA-Kodierungen, die durch Vernetzung mit Krankendaten von Krankenkassen spezielle Bewertungen und Maßnahmen ermöglichen
 - die Überwachung und lange Speicherung von Internet- und Telefonverbindungs-, SMS- und Inhaltsdaten, die satellitengestützte oder mobile Personenüberwachung über Handys, die Öffnung der Bewegungs-, Flug- und Personendaten für Geheimdienste und polizeiliche Aufgaben, die bild- und datengestützten Autobahnmautkontrollen und die diskutierten Ausweitungen für PKWs auf normale Straßennetze, die nichtkulturellen Erfassungsaufgaben der Deutschen Bibliothek
 - die jederzeitigen Zugriffsmöglichkeiten auf digitale vertrauliche Daten insbesondere im (elektronischen) Post-, Geschäfts- und Mailverkehr sowie der privaten und geschäftlichen Internet-Nutzung sowie die angeblichen Geheimabstimmungen; die Rundfunkgebühren für alle PCs, die über ein Modem verfügen
2. Die wirtschaftlichen Kontrollen, Überwachungen, Reglementierungen, Abschöpfungen, Entscheidungen und Vorhaben wie
 - die geforderte Offenlegung, Erfassung und Kontrolle von Finanz- und Vermögensdaten für Basel II, für Hartz IV, für Steuerbearbeitungen durch Schaffung von Zugängen zu Privat- und Unternehmens-PCs für Finanzämter- und Behörden, für die Kontrolle des gesamten deutschen Geldverkehrs und aller Konten mittels Aufhebung zahlreicher Einschränkungen etwa durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Arbeitsämter, Bafög-Amt, Finanzämter, Sozialämter oder Wohngeldstellen; dazu gehören auch vergleichbare, meist unkontrollierte Datenbeschaffungsmaßnahmen und wirtschaftliche Profilerstellungsoptionen durch o.a. Ämter, Polizeistellen, Banken oder Gerichte, die mit Bewegungs- und Überwachungsprofilen kombiniert werden und bereits heute erpressbar machen können
 - für pauschalisierte automatisierte Zinszahlungen in bestimmten Fällen und Kontrollen im Rahmen von Inlands- und Auslandsvereinbarungen
 - zahlreiche staatsverursachte Verteuerungen bei gleichzeitig geförderter Verarmung und Kaufkraftschwächung durch 1 €-Jobs, hohe Belastungen von Rentnern, Aufbrauch von Vermögen zur Überlebenssicherung, Fortführung höchster Arbeitslosigkeit mit einem späteren fortgeschriebenen Verarmungspotential
 - die unangemessene Verteilung von Steuerlasten, die Aufrechterhaltung von Traditionssubventionen bei gleichzeitigem länder- und bundesweitem Verzicht von Investitionen in Qualifizierung, Arbeitsplatzentwicklung und Wirtschaftsförderung oder die geforderte Offenlegung der Gehälter von Managern und Mandatsträgern zur Inszenierung von Neiddiskussionen

3. Die politischen und die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorhaben, Entscheidungen und Verwerfungen wie
- die fortgesetzte Ausweitung der EU ohne Anhörung der Bürger und ohne persönliche, kulturelle und wirtschaftliche Absicherung aus den gravierenden absehbaren Konsequenzen für die Volkswirtschaft, für die Zunahme der Arbeitslosigkeit, für die Verlagerung von Arbeitsplätzen in neue EU-Länder, für das Unterlaufen von Entlohnungen und den Import externer Billigarbeitskräfte, für die Kaufkraftstärkung in den neuen EU-Ländern und die Kaufkraftschwächung im Inland
 - die Vernachlässigung oder Verhinderung geeigneter Maßnahmen zur regionalen und nationalen Standort- und Strukturförderung, gegen Insolvenzen im privaten und wirtschaftlichen Bereich sowie die Vernachlässigung von sichtbaren und faktischen Investitionen in Bildung und Familie und die Verhinderung von Diskussionen über die Rückkehr zu funktionierenden Familienmodellen
 - die Vernachlässigung oder Verdrängung von Förderung der sozialen Verantwortung und kulturellen Integration der Jugend gegenüber der Gesellschaft (etwa statt des bisherigen Wehr- und Zivildienstes oder sozialen Jahres ein Jahr für das Erlernen von sozialer und gesellschaftsverantwortlicher Kompetenz durch Entwicklungs- und Förderungsaufgaben im gemeinnützigen und gesellschaftlichen Kontext)

PLÄDOYER FÜR RESOZIALISIERUNG UND REKULTIVIERUNG

Die Unterzeichner halten die Zeit für neue Initiativen, Dialoge, für ein Zusammenrücken, für nicht vertuschende Statusbeschreibungen, Pläne, Ziele und Konzepte zur gesellschaftlichen, kulturellen und volkswirtschaftlichen Reformation gekommen, die gemeinsam tragbar sind. Hier müssen Mittel derart investiert werden, dass sie zu neuen Investitionen in Veränderung, Qualifizierung und innovativen Wettbewerb motivieren. Der Umgang mit Realitäten, Konflikten und Mechanismen muss kommuniziert und gelernt werden. Die Aufrechterhaltung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft sowie humanistischer Wertepprägungen ist durch die Freiheit und die Sicherung der Bürger und nicht durch ihre Überwachung, Kontrolle und Kriminalisierung zu erreichen. Besonders enttäuschend sind dazu auch Gerichtsentscheidungen, die eigentlich nicht mehr dem Anspruch „Im Namen des Volkes“ würdig sind.

Es bedarf gemeinsamer sofortiger Anstrengungen zu Korrekturen und der Resozialisierung und Rekultivierung der Gesellschaft - und gegebenenfalls der Ausgrenzung aller jener, die die gesellschaftliche, die wirtschaftliche und die kulturelle Mitverantwortung aktiv ablehnen, die einen anderen Staat wollen oder den Staat mit Mitteln der Überwachung und des Misstrauens sichern wollen. Der Respekt vor dem Individuum und der Familie in der Gesellschaft und vor der Gesellschaft selbst bedarf - analog des Grundgesetzes - der besonderen Achtung und Förderung. Der Entwicklung und Förderung von Familien und Bildung muss wieder ein deutlich höherer Rang eingeräumt werden - vielleicht sogar gegenüber dem bisherigen Vorrang der Schaffung von Aufbewahrungsstätten für Kinder, deren Mütter oder Väter arbeiten sollen oder müssen. Und gesellschaftliche Verantwortung wird künftig vielleicht wieder die Förderung eines anderen Generationenvertrags und einer anderen Generationenkultur einschließen müssen: nämlich das familiäre Miteinander und die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder müsste der Verantwortung der Kinder für ihre Eltern annähernd gleichzustellen sein, wenn Leben und Sterben im Kreis der Familie und Gesellschaft wieder als Grundwert der Sicherung von Familie und Gesellschaft verstanden werden.

© 13.04.2005/03.05.2005/27.03.2010 Rolf G. Lehmann, Waiblingen